

den Niederländern die Einnahme der von den Afrikanern gehaltenen Großfriedrichsburg. Umfangreiche Zeitdokumente, eine Zeittafel (S. 96-98) und eine ausführliche Bibliographie ergänzen den reich bebilderten Band, der nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die heutige Situation von Großfriedrichsburg zur Sprache bringt. Brandenburger Bürger haben Nutzungskonzepte für die Festungsanlage und ihre Umgebung im Rahmen eines Entwicklungsprojekts entworfen. Aktuelle Aufnahmen zeigen die teilweise restaurierte Festungsanlage, die zum Weltkulturerbe der UNESCO gehört und zunehmend ein Ziel von Touristen wird.

Uwe Pfullmann

Jörg Nagler, Nationale Minoritäten im Krieg: „Feindliche Ausländer“ und die amerikanische Heimatfront während des Ersten Weltkrieges, Hamburger Edition, Hamburg 2000, 758 S.

Die deutsche Nordamerika-Geschichtsschreibung hat sich traditionell vor allem auf zwei Gebiete der deutsch-amerikanischen Beziehungen konzentriert: auf die deutschsprachige Migration in die USA und auf Diplomatiegeschichte. Während die Migration in all ihren Facetten fast schon überforscht ist, befinden sich viele Politikhistoriker nach dem Ende des Kalten Krieges noch auf der Suche nach neuen Fragestellungen und Orientierungsmaßstäben – in letzter Zeit zunehmend im Bereich der Kulturgeschichte. Die vorliegende Studie, die überarbeitete Fassung der Habilitationsschrift des in Jena lehrenden Historikers, ist von hei-

den Richtungen beeinflusst, insbesondere von der sozialgeschichtlichen Forschung zu den Deutschamerikanern. Dennoch gelingt es Nagler, mit seiner Studie neue Perspektiven für das Feld der amerikanischen Geschichte in Deutschland zu eröffnen. Allerdings weckt der vielversprechende Titel „Nationale Minoritäten im Krieg“ falsche Erwartungen.

Nagler untersucht die Stellung der „feindlichen Ausländer“ (*enemy aliens*) in der Einwanderungsgesellschaft USA während des Ersten Weltkrieges. Auf einer übergeordneten Ebene versucht der Vf., dem Konzept der „Heimatfront“ am Beispiel der USA genaue Konturen zu geben. Er konzentriert sich dabei auf drei Ebenen: die Politik und Maßnahmen des Staates bzw. seiner Exekutivorgane, gesellschaftliche Einstellungen und Handlungsmuster sowie die Situation und Reaktionen der betroffenen „feindlichen Ausländer“. Dabei interessiert Nagler auch, wie der im Falle der USA vergleichsweise schwache Bundesstaat seine Handlungsspielräume in der Ausnahmesituation des Krieges erweiterte.

Die Arbeit ist in sechs Kapitel untergliedert. Vorangestellt ist ein einleitendes Kapitel, in dem der Begriff des „enemy alien“ erläutert und historisch eingeordnet wird. Hier werden die wichtigsten Stationen der Migration von Personen mit deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit in die USA skizziert. Ein weiterer Abschnitt beleuchtet die Vorgeschiede, die „Neutralitätsphase“ bis zum Kriegseintritt der USA. Die folgenden Kapitel bilden das eigentliche Herz der Studie, sie behandeln die drei erwähnten Ebenen, Staat, Gesellschaft und Maßnahmen gegen „enemy aliens“. In einem eigenen Kapitel beschäftigt sich

Nagler ausführlich mit der Internierung der „enemy aliens“. In einem knappen Epilog thematisiert er Kontinuitäten der Behandlung von „enemy aliens“ in den USA im Zweiten Weltkrieg. Abgerundet wird die Arbeit durch ein umfangreiches Literaturverzeichnis und einen Personenindex. Die Studie besticht durch ihre breite Literaturbasis. Umfangreiche Quellenbestände sind für das Projekt herangezogen und ausgewertet worden, neben staatlichen Akten zahlreiche publizistische Quellen sowie Nachlässe von betroffenen Personen.

Die wichtigste These der Studie ist, daß die große Entfernung der USA vom Kriegsschauplatz besondere Formen der Mobilisierung der Bevölkerung erforderte. Die Schaffung einer „Heimatfront“, das zeigt Nagler an zahlreichen Beispielen, gelang. Staatliche Stellen, unterstützt von diversen privat organisierten Vereinen, entfalten eine bemerkenswerte Aktivität. In vielen Teilen des Landes wurden „enemy aliens“ – darunter auch Einwanderer aus den Feindstaaten, die amerikanische Staatsangehörige waren – von militärischen Geheimdiensten und Behörden registriert, überwacht und in einigen Fällen interniert. Es entwickelten sich enge Verflechtungen zwischen staatlich gelenkter Propaganda, Überwachung, und Reglementierung auf der einen und gesellschaftlicher Isolierung und Diskriminierung von (nicht selten vermeintlichen) „enemy aliens“ auf der anderen Seite.

Nicht wenige Menschen wurden Opfer brutaler Hetze und Gewalt. Wiederholt führten die Aktionen von Vigilanten zu einem Zustand vollständiger Gesetzlosigkeit, etwa im Fall eines Einwanderers, der von einer Volksmenge gelyncht wurde. Die Eigendy-

namik dieser Ereignisse korrelierte mit der massiven Ausdehnung der staatlichen Sphäre – eine Entwicklung, die indes nicht auf einer allgemeinen bzw. vergleichenden Ebene vertieft wird.

Der Vf. geht jedoch vorsichtig mit dem Begriff der „Hysterie“ um und verweist auf tiefergehende Ursachen, insbesondere auf die „paradoxe Mobilisierungsstrategie der Regierung“, die zur Verteidigung von „Demokratie“ aufrief und gleichzeitig „Emotionen wie Haß und Angst schürte“ (S. 352f). Die Forschungsleistung des Autors beeindruckt. Doch die Präsentation des Quellenmaterials mit zahlreichen ausführlich erläuterten Einzelbeispielen und Datenanalysen dominiert die nicht gerade knappe Studie streckenweise so stark, daß die Argumentation förmlich an den Rand gedrückt wird. Überhaupt schlägt der Vf. zwischen Einleitung und Schluß nur selten den Bogen zu übergreifenden Fragestellungen. Im einleitenden Kapitel etwa handelt Nagler andere Staaten und deren Behandlung von „feindlichen Ausländern“ im Ersten Weltkrieg ab, insbesondere Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Im Verlauf der Arbeit indes vernachlässigt er diese vergleichende Perspektive. Insbesondere zu Großbritannien wäre aufgrund wichtiger Parallelen eine Einschätzung von Bedeutung gewesen: eine vergleichsweise große Zahl von Einwanderern aus den Mittelmächten lebte 1914 in Großbritannien, das Land lag nicht unmittelbar an der Front, es gab vielfach gewaltsame Ausschreitungen gegen „Deutsche“ und die Forschungslage ist gut. Auch einen Vergleich mit dem amerikanischen Bürgerkrieg führt der Vf. nicht durch. Zwar verlief die militärische Front mitten durch das Land und die Gesellschaft, aber der

Bürgerkrieg leitete auf beiden Seiten eine neue Phase der Kriegführung ein – in punkto Mobilisierung der Bevölkerung weitab vom Kriegsschauplatz, und vor allem im staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit als subversiven Feinden stigmatisierten Gruppen (Afro-Amerikaner, bestimmte Einwanderergruppen, auch Juden).

Die Kampagne gegen „feindliche Ausländer“ in den USA wird mit großer Tiefenschärfe untersucht. Neben Personen mit deutscher (sowie sehr eingeschränkt mit österreich-ungarischer) Staatsangehörigkeit wurden schnell weitere Gruppen, die bereits vor dem Krieg Opfer von gewalttätigen Übergriffen und staatlicher Verfolgung geworden waren, mit „enemy aliens“ in Verbindung gebracht. Das galt insbesondere für Afro-Amerikaner und radikale sozialistische Gewerkschaftler, unter denen Einwanderer aus Deutschland traditionell stark repräsentiert waren. Viele Gewerkschaftler wurden als potentielle Kollaborateure der Mittelmächte interniert. Die Behörden, insbesondere die Geheimdienste, die sich bis 1918/19 mit der Überwachung von „enemy aliens“ befaßt hatten, verfolgten nach dem Krieg politisch links stehende Personen (bzw. Verdächtige) im Rahmen der „Red Scare“-Kampagne weiter.

Dennoch, die meisten als „enemy aliens“ diskriminierten, verfolgten und internierten Personen waren „Deutsche“ – deutsche Staatsangehörige und im Falle gesellschaftlicher Diskriminierung häufig auch eingebürgerte Deutschamerikaner. Die Angehörigen der Doppelmonarchie – auf die kleinen Gruppen der Türken und Bulgaren geht Nagler nicht näher ein – wurden abgesehen von einigen „Deutschen“ bzw. „Deutschösterreichern“ administrativ

und gesellschaftlich kaum verfolgt, weil sie die Kriegsziele der Doppelmonarchie nicht unterstützten. Der amerikanische Staat und die Gesellschaft nahmen sie ethnisch (oder national?) als Polen, Tschechen, Slowenen, Ungarn etc. wahr, und die betroffenen Personen identifizierten sich teilweise wohl auch ethnisch (oder national?) als Angehörige dieser Gruppen.

Spätestens an dieser Stelle drängt sich die Frage nach der Definition von „nationaler Minorität“ förmlich auf. Für Nagler, der aus unverständlichen Gründen auf dieses komplexe Konzept nicht näher eingeht, scheint es sich um die in sich völlig disparaten Gruppen „feindlicher Ausländer“ deutscher, türkischer, bulgarischer und österreich-ungarischer Staatsangehörigkeit zu handeln. Eingebürgerte Einwanderer sind für ihn dagegen „ethnisch“. Dabei waren, wie der Autor an vielen Beispielen belegen kann, kaum Angehörige des österreich-ungarischen Staates (ein klassischer Nationalstaat?) oder eher Polen, Tschechen, Slowenen, Ungarn etc., sondern vor allem „Deutsche“ bzw. als „deutsch“ wahrgenommene Personen, darunter neben deutschen auch amerikanische Staatsbürger deutscher Herkunft, Opfer von Verfolgungen, Diskriminierungen und Reglementierungen.

Viele nicht eingebürgerte, deutsche Staatsangehörige identifizierten sich nicht als „Deutsche“; ein Teil dieser Personen hatte schon vor dem Krieg einen Antrag auf Einbürgerung gestellt oder sich sogar freiwillig für die amerikanische Armee gemeldet. Fragen zur Transformation von „ethnisch“ zu „national“ in der öffentlichen Wahrnehmung und in der Eigenzuschreibung der Angehörigen dieser Gruppen von der Neutralitätsphase über den

Kriegseintritt 1917 bis in die Nachkriegsphase, auch als Folge von Diskriminierungen, sowie nach den genauen Grenzen zwischen „ethnischer Gruppe“ und „nationaler Minderheit“ werden in der Studie auf einer *konzeptionellen* Ebene nicht aufgeworfen.

Auch fehlt im Kapitel zur Vorgeschichte ein Hinweis zum deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und zu offiziellen amerikanischen Reaktionen auf dieses Gesetz, das Millionen von eingebürgerten Deutschamerikanern zumindest theoretisch die Option auf die deutsche Staatsangehörigkeit gab.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Arbeit eine wichtige Lücke in der amerikanischen Geschichte schließt. Die stets sachliche Argumentationsweise des Vf. hebt sich von einigen deutschtümelnden (insbesondere in den USA publizierten) Arbeiten zu den Folgen des Kriegseintritts der USA für Deutschamerikaner ab.

Tobias Brinkmann

Robert K. von Weizsäcker (Hrsg.), Schul- und Hochschulorganisation (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 273), Duncker & Humblot, Berlin 2000, 291 S.

Der Herausgeber macht in seinem Vorwort auf einen ebenso einfachen wie häufig übersehenen Zusammenhang aufmerksam, wenn er schreibt, daß „die Bildungspolitik (...) in der Regel (...) keinem wohl definierten Optimierungsprozeß“ folgt. Wertvorstellungen, Vorurteile und Ideologien der jeweiligen Entscheidungsträger sowie historische Entwicklungen und institutionelle Vorgaben bedingen die

Entschlüsse in der Bildungspolitik. „Angesichts der begrenzten Zeit und unvollständigen Informationen im politischen Entscheidungsprozeß tritt an die Stelle einer Suche nach einer optimalen Lösung das Tagesgeschäft des stückweisen Vorgehens.“ (S. 6).

Vor diesem Hintergrund erscheint die Beschäftigung mit Teilen des Bildungssystems in Form von Fallstudien, die teilweise vergleichend angelegt sind, gerechtfertigt. Dieser Band wendet sich sowohl der Schule mit einer Analyse der notwendigen Reorganisation aufgrund dramatisch sinkender Schülerzahlen in den neuen Bundesländern (am Beispiel von Mecklenburg Vorpommern, wo sich durch Abwanderung und geringe Bevölkerungsdichte die Probleme zusätzlich verschärfen) und einer Studie zum Zeitmanagement von Lehrern und Lehrerinnen, als auch dem dualen Berufsbildungssystem zu, in dem die einzelbetrieblichen mit einer standort- und Akteursgruppen übergreifenden Finanzierung neu austariert werden soll.

Der größte Teil der Aufsätze behandelt Hochschulreformfragen; zunächst in einem deutsch-amerikanisch-japanischen Vergleich, sodann mit einer Analyse der jüngsten Reformschritte in der Schweiz. Es schließen sich Überlegungen zum Innovationstransfer zwischen Hochschule und gewerblichen Betrieben, sowie zu Vorschlägen über die Reform der Hochschulfinanzierung (über Bildungsgutscheine bzw. durch Einführung von Stiftungsmitteln als wesentlicher Bestandteil von Hochschulbudgets bzw. durch die Einführung von Globalthaushalten) an, während zum Abschluß das Verhältnis von staatlichen und privaten Trägern von Bildung erörtert wird. Im Ergebnis be-